

KOMMENTAR

# Das Kopftuch darf kein Hindernis für einen Studienabschluss sein

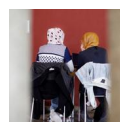
Muslimische Studentinnen von pädagogischen Hochschulen haben es schwer: Tragen sie ein Kopftuch, finden sie kaum Praktikumsplätze. Das ist ein Armutszeugnis für einen freiheitlichen Staat.

Simon Hehli  
22.2.2019, 05:30 Uhr

Darf eine fromme Muslimin den Traum haben, in der Schweiz Lehrerin zu werden? Natürlich. Kann sie darauf hoffen, eines Tages mit verhülltem Haar vor einer Klasse zu stehen? Kaum, das wäre nicht mehr als eine Illusion. Junge Frauen, die ein Studium an einer pädagogischen Hochschule beginnen, sollten sich der gesellschaftlichen Realität bewusst sein. Fest angestellte Lehrkräfte als Repräsentanten des Staates müssen konfessionell neutral auftreten und dürfen weder ostentativ ein Kreuzifix tragen noch eine Kippa oder eine Frisur à la Hare Krishna – und eben auch kein Kopftuch. Dieser Grundsatz wird auf absehbare Zeit nicht an Legitimität verlieren, im Gegenteil: Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die konfessionslos aufwachsen, steigt rasant. Sie haben das Recht, nicht permanent mit der privaten Religiosität ihrer Lehrpersonen konfrontiert zu sein.

## Das Kopftuch als Karrierekiller für angehende Lehrerinnen

Simon Hehli / 22.2.2019, 05:30



Gegen eine solche strikte Position gibt es kluge und ernstzunehmende Einwände. Jeder Mensch sei in bestimmter Hinsicht ideologisch festgelegt, schrieb die Rechtsprofessorin Regina Kiener. Und weiter: «Es erscheint wenig sachgerecht, eine Beeinträchtigung der Unabhängigkeit nur gerade jener Personen zu befürchten, die ihre weltanschauliche Ausrichtung nach aussen hin auch offenlegen.» Kiener verfasste diese Zeilen in Hinblick auf die Diskussion um religiöse Symbole im Gerichtssaal. Doch die Argumentation lässt sich problemlos auf das Schulzimmer übertragen.

Dürften die gläubigen Lehrerinnen ein Kopftuch tragen, würden sie dadurch Klarheit über zumindest einen Teil ihres Weltbildes schaffen. Sie stünden unter verschärfter Beobachtung und könnten sich religiös motivierte Beeinflussungsversuche erst recht nicht leisten. Eine solche Transparenz fehlt bei Lehrern und PH-Studierenden aus dem evangelikalen Milieu, von denen es laut Untersuchungen eine beträchtliche Zahl geben soll. Dass sie möglicherweise die ihnen anvertrauten Jugendlichen missionieren wollen oder aufgrund eines fundamentalistischen Bibelverständnisses Sexualaufklärung und Evolutionstheorie ablehnen, sieht man ihnen nicht an.

## Minime Gefahr einer Indoktrination

In einer Abwägung muss das Neutralitätsgebot der Schule aber höher gewichtet werden als das Transparenzargument. Nur bedeutet dies nicht, dass strenggläubige muslimische PH-Studentinnen ohne Perspektive auf einen Berufsabschluss bleiben sollten. Einzelne Kantone wie Zürich oder Zug setzen zu Recht auf Pragmatismus. Dort suchen die Ausbildungsstätten nach Partnerschulen, die Praktikantinnen mit Kopftuch akzeptieren. Stören sich weder Schüler noch Eltern oder Lehrerkollegen am Kleidungsstück, ist ein Praktikum möglich. Eine solche Lösung ist gut vertretbar, zumal die Studentinnen nur eine begrenzte Zeit vor einer Klasse stehen. Und wegen der engen Begleitung durch die Praktikumsbetreuer ist auch die Gefahr einer Indoktrination der Schüler minim.

Was sie dann mit einem PH-Diplom in der Tasche anstellen, ist den Frauen überlassen. Vielleicht gibt es eines Tages die Möglichkeit einer Anstellung an einer islamischen Privatschule mit eigenen Bekleidungsregeln, ähnlich wie das die orthodoxen Juden kennen. Oder die muslimischen Lehrerinnen können sich irgendwann doch noch dazu durchringen, das Kopftuch temporär abzulegen, um einen Job an der öffentlichen Schule zu erhalten. Oder sie setzen auf eine akademische Karriere, etwa in der Bildungsforschung oder in der Didaktik.

Wie auch immer: Einem freiheitlichen Staat steht es gut an, solche Berufslaufbahnen nicht von vornherein zu verunmöglichen.

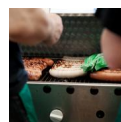
---

### KOMMENTAR

## Religiöse Vorschriften haben an Schulen nichts verloren

Wenn Lehrerinnen und Lehrer ihren Schülern verordnen, aus Rücksicht auf die muslimischen Kameraden kein Schwein mehr zu essen, ist das übertrieben. Religiös begründete Bevormundungen dürfen nicht schleichend zurückkehren.

Simon Hehli / 5.9.2018, 07:31



---

## Der «Schweizer Islam» ruft starken Widerstand hervor

Die Linke will den Muslimen den Weg zu einer staatlichen Anerkennung ebnen. Moscheen könnten so Steuergelder erhalten. Doch es sind noch viele Fragen offen – und die Konservativen kündigen Opposition an.

Simon Hehli / 6.6.2018, 05:30



---

### Newsletter NZZ am Abend

Erfahren Sie, was heute wichtig war, noch wichtig ist oder wird! Der kompakte Überblick am Abend, dazu Lese-Empfehlungen aus der Redaktion. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

---

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.